STADT NEUSS

BESCHLUSS-NIEDERSCHRIFT

ART DER SITZUNG	NR. DER SITZUNG, GREMIUM	SITZUNGSDATUM
Öffentlich	8/16 Sozialausschuss	26.04.2016

TO-PUNKT UND GEGENSTAND DER BERATUNGEN

TAGESORDNUNG

Formalien, Wahlen usw.

TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

TOP 2 Genehmigung der Tagesordnung

TOP 3 Verpflichtung des sachkundigen Bürgers, Herrn Stefan Schmitz

TOP 4 Beschlusscontrolling

Anlage

TOP 5 Bericht der Neusser Bauverein AG zu den Themen:
- Vermietungspraxis
- Schufa-Auskünfte in Bezug auf Vermietung
- Zwangsräumungen

Anlage

Beschlüsse des Ausschusses gem. § 41 Abs. 2 GO NRW

TOP 6 Spielplatz für Alt und Jung

Anträge

TOP 7 Antrag der Fraktionen CDU-Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 16.02.2016 betr.: Rahmenverträge mit den sozialen Trägern in der Stadt Neuss

TOP 8 Rahmenverträge mit den sozialen Trägern in der Stadt Neuss

Mitteilungen der Verwaltung

TOP 9 Bericht über den aktuellen Stand der Unterbringung von Flüchtlingen in Neuss

TOP 10 Kosten der Unterkunft
hier: Härtefallregelung

TOP 11 Übernachtungsstelle für alleinstehende wohnungslose Männer am Derendorfweg ("Hin- und Herberge"

TOP 12 Akquirierung von Fördergeldern des Landes NRW, des Bundes oder der EU zur Förderung von sozialen Strukturen in Quartieren

TOP 13 Einführung der Gesundheitskarte
hier: Bericht über die Erfahrungen anderer Kommunen

TOP 14 Vorstellung der zentralen Unterbringungseinrichtung für Flüchtlinge des Landes NRW durch die Neusser Bauverein AG

ART DER SITZUNG	NR. DER SITZUNG, GREMIUM	Sitzungsdatum
öffentlich	Sitzung 8/16, Sozialausschuss	Sitzungsdatum 26.04.2016

Teilnehmer

8. Sitzung des Sozialausschusses
am: Dienstag, 26. April 2016
Ort: Ratssaal – Rathaus

Dauer: 17:00 bis 20:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitz: Herr Kullick, Karlheinz (SPD)

Rats-/Ausschussmitglieder bzw. deren Vertreter:

CDU

Beyen , Waltraud		Mitglied	
Fischer , Max		Ersatzvertreter/in (s.B./s.E.)	
Holt , Anna Maria		Stellv. Vorsitzende	
Hüls , Elisabeth		stellv. Mitglied (s.B./s.E.)	
Kaumanns , Thomas		Mitglied	
Kilb , Anna Katharina		Mitglied	
Langer , Eva-Bettina		Mitglied (s.B./s.E.)	
Mertens-Marl , Monika		Mitglied	
Violett-Puder , Marion		Mitglied (s.B./s.E.)	
von Nollendorf , Ursula		stellv. Mitglied	
Weimann-Cossaeth , Marikka		stellv. Mitglied (s.B./s.E.)	

SPD

Föhr , Claudia		Mitglied	
Graefe-Henne , Susanne		Mitglied (s.B./s.E.)	
Kriete , Constanze		Stadtverordnete	
Kullick , Karlheinz		Vorsitzender	
Schmitz , Stefan		stellv. Mitglied (s.B./s.E.)	
Thiel , Heinrich		Mitglied	
Vanderfuhr , Marc		Mitglied	

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Benary-Höck , Susanne		Mitglied	
El Boustami , Ghalia		Mitglied	

FDP

Dr. med. Pavlik , Jana		Mitglied	
Dr. med. Verfürth , Hermann Josef		Mitglied	

DIE LINKE

Cziesla , Vincent		Mitglied	

UWG Neuss / BIG-Neuss

Davarci , Deniz Thiel , Carsten		Mitglied Mitglied	

AfD

Weinert , Karin		Mitglied (s.B./s.E.)	

Beratendes Mitglied des Integrationsrates

Custic, Sabit			

Verwaltung:

Beigeordneter Hahn, Stefan Hübner, Markus		Dez. 3 Amt 51
Hügen, Jennifer		Amt 51
Goertz, Ernst		Amt 50
Hages, Jürgen		Amt 50
Hübers, Rebekka		Amt 50
Krehan, Sabine		Amt 50
Leißing, Gabriele		Amt 50
Lippe, Sandra		Amt 50

Schriftführung:

Kronhof, Imke		Amt 50

Gäste/ Zuhörer (nur öffentlicher Teil):

Herr Lüdtke Frau Rast Herr Hein Herr Maukel		Neusser Bauverein AG Diakonisches Werk Caritasverband Caritasverband
Frau Wierig		
weitere Zuhörer		
Herr Kleinau		Presse (NGZ)

Öffentlicher Teil

Formalien, Wahlen usw.

TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Beschluss
Es wird festgestellt, dass zu der Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass Beschlussfähigkeit vorliegt.

Abstimmungsergebnis
einstimmig zugestimmt

TOP 2 Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss
Die Tagesordnung wird um den Punkt: Verpflichtung des sachkundigen Bürgers Stefan Schmitz erweitert. Die Tagesordnungspunkte 6 und 7 (neu Punkte 7 + 8 „Rahmenverträge mit den sozialen Trägern in Neuss“ werden gemeinsam beraten.
Die erweiterte Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis
einstimmig zugestimmt

Anmerkung zur Beschlussfassung
Die gemeinsame Beratung der TOPs 6 + 7 erfolgt auf Antrag von Frau Benary-Höck.
Die Nummerierung der einzelnen TOPs verschiebt sich entsprechend.

TOP 3 Verpflichtung des sachkundigen Bürgers, Herrn Stefan Schmitz

Beschluss
Der sachkundige Bürger, Herr Stefan Schmitz, wird vom Vorsitzenden des Sozialausschusses, Herrn Kullick, eingeführt und verpflichtet. Die Verpflichtungserklärung ist dem Original der Niederschrift als Anlage beigefügt.

TOP 4 Beschlusscontrolling

Beschluss
Die Erläuterungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis
einstimmig zugestimmt

Diskussion
Auf Nachfrage von Herrn Kaumanns erklärt Herr Hages, dass bezüglich der Auflistung aller Integrations-/Deutschkurse für Migranten/innen, leider immer noch nicht alle Rückmeldungen vorliegen würden. Er gehe davon aus, dass dies zur nächsten Sitzung der Fall sein werde.

Anmerkung der Verwaltung: Da die Unterlagen zwischenzeitlich vorliegen, werden Sie der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Darüber hinaus berichtet Herr Hages, dass inzwischen alle städtischen Flüchtlingsunterkünfte mit freiem WLAN ausgestattet seien; lediglich an einem Standort gebe es derzeit noch technische Probleme, die aber voraussichtlich in Kürze bereits ausgeräumt werden könnten.

Für die Zukunft sei über das Gebäudemanagement Neuss sichergestellt, dass bei allen neuen Standorten von Beginn an freies WLAN installiert werden könne.

TOP 5 Bericht der Neusser Bauverein AG zu den Themen:
- Vermietungspraxis
- Schufa-Auskünfte in Bezug auf Vermietung
- Zwangsräumungen
SOZ 7-2016

Beschluss
Der Bericht des Neusser Bauvereins wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis
einstimmig zugestimmt

Diskussion
Herr Lüdtke berichtet anhand einer Präsentation, die der Niederschrift beigefügt ist, über die aktuelle Situation bei der Neusser Bauverein AG in den angesprochenen Themenbereichen.

Herr Kullick dankt im Namen aller Fraktionen für den ausführlichen und aufschlussreichen Vortrag. Problematisch sei vor allem, dass der Quadratmeterpreis für öffentlich geförderten Wohnraum höher liege, als die anerkennungsfähigen Kosten nach dem grundsicherungsrelevanten Mietpreisspiegel.

Auf Nachfrage von Frau Beyen antwortet Herr Lüdtke, derzeit seien 1.273 Interessenten als wohnungssuchend bei der Neusser Bauverein AG geführt; eine Differenzierung dieser Zahlen werde der Niederschrift beigefügt.

Frau Benary-Höck erkundigt sich, wie viele freie Wohnungen aktuell zur Verfügung stünden. Sie sehe zudem ein Finanzierungsproblem für Personen, die zunächst arbeitslos seien und dann „Hartz IV“ bekämen; die Leistungen des Jobcenters würden dann häufig nicht mehr ausreichen.

Herr Lüdtke erklärt, zum 01.05.2016 könnten zwanzig Wohnungen neu vermietet werden. Menschen, deren Einkommen sich reduziere, könne er nur raten, offen mit der Situation umzugehen; nur im gemeinsamen Gespräch sei es möglich, hier eine Lösung zu finden. Auf Grund der knappen Zahl an freien Wohnungen sei dies aber oft schwierig.

Um der Diskrepanz zwischen der Fördersumme für Neubauwohnungen und den anerkennungsfähigen Kosten der Unterkunft im Rhein-Kreis Neuss entgegenzuwirken, würden bei Neubauten teilweise die Wohnflächen den Erstattungsbeträgen angepasst, wünschenswert sei aber, dass sich die Förderbeträge mit den angemessenen Kosten der Unterkunft im Rahmen der Leistungsgewährung decken würden.

Frau Föhr findet es unbefriedigend, dass Wohnungen kleiner gebaut werden müssten, um das Problem zu lösen.

Herr Lüdtke kann die Einwände nachvollziehen; wenn es aber nicht gelinge, die bestehende Differenz auszugleichen, sei auch dies eine Möglichkeit, um angemessenen Wohnraum zu schaffen.

Herr Lüdtke erläutert, bei Mietrückständen komme es in vielen Fällen zu einer Vereinbarung über Ratenzahlungen; diese hätten Vorrang vor anderen Maßnahmen. Grundlage sei aber, dass die Ratenzahlung auch pünktlich erfolge. Wenn sich der Schuldner nicht an die Vereinbarung halte, sei eine Räumungsklage nicht zu vermeiden.

Frau Holt begrüßt, dass ein Schufa-Eintrag kein grundsätzliches Hemmnis für die Vermietung darstelle. Sie fragt, warum Schufa-Auskünfte erst seit dem Jahr 2011 eingeholt würden?

Herr Lüdtke schildert, im Jahr 2011 habe es Mietrückstände von über 1 Mio. € gegeben, so dass sich an der Situation etwas hätte ändern müssen; daher habe man ab diesem Zeitpunkt diese Auskünfte eingeholt.

Auf Nachfrage von Herrn Cziesla berichtet Herr Lüdtke, es gebe keinen Prioritätenkatalog für die Vergabe von Wohnungen. Es würden mit allen Interessenten ausführliche Gespräche geführt und man versuche, so gut wie möglich zu helfen.

Herr C. Thiel stellt fest, dass eine Überarbeitung des grundsicherungsrelevanten Mietspiegels auf Basis der Angebotsmieten dringend erforderlich sei. Die Einkommensgrenzen für den Erhalt eines Wohnberechtigungsscheins seien aus seiner Sicht erschreckend; demnach hätten rund 50 % der Mieter einen Anspruch.

Herr Hahn ergänzt, dass es ein gemeinsames Ziel gebe, den grundsicherungsrelevanten Mietspiegel mit realistischen Zahlen anzupassen.

Auf die Frage von Frau Föhr nach der Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden, antwortet Herr Lüdtke, die Verbände seien in den einzelnen Quartieren aktiv und würden hier auch mit dem Bauverein zusammenarbeiten; auch die Schuldnerberatung sei ein Thema.

Frau Weinert fragt, wie mit gewalttätigen oder alkoholkranken Mietern umgegangen werde?

Hierzu berichtet Herr Lüdtke, es gebe Mitarbeiter des Bauvereins vor Ort, die versuchen würden, im persönlichen Gespräch eine Lösung zu finden. Sollten aber bestimmte Grenze überschritten werden, würde die Polizei informiert. Auch eine fristlose Kündigung sei möglich, wenn die Gespräche keine Ergebnisse brächten. Bei Mieterstreitigkeiten sei auch ein Schiedsverfahren möglich.

Abschließend schlägt Herr Kullick vor, weitere Fragen und Klärungen zu Einzelfällen in einem weiteren Termin mit Herrn Lüdtke zu erörtern.

Beschlüsse des Ausschusses gem. § 41 Abs. 2 GO NRW

TOP 6 Spielplatz für Alt und Jung
AAB 2-2016 - 1

Beschluss
Die Verwaltung wird gebeten mit dem Memory-Zentrum der St. Augustinus Kliniken ggf. ein Modell für die sportliche Betätigung von Senioren/innen zu entwickeln. Die Anregung, Bewegungsgeräte für Senioren/innen auf Spielplätzen im Stadtgebiet zu installieren soll in die Überlegungen mit einfließen. Über das Ergebnis soll im Sozial- und Jugendhilfeausschuss berichtet werden.

Abstimmungsergebnis
einstimmig zugestimmt

Anmerkung zur Beschlussfassung
Die Beschlussfassung erfolgt auf Antrag von Frau Benary-Höck.

Diskussion
Frau Benary-Höck erklärt, dass es gute Beispiele aus anderen Städten gebe. Es müsse geprüft werden, ob und an welchen Orten das Aufstellen dieser Bewegungsgeräte sinnvoll sein könnte. Eine Zusammenarbeit mit dem Memory-Zentrum der St. Augustinus Klinken würde sich anbieten.

Herr H. Thiel empfiehlt zu prüfen, ob hier ggfls. auch weitere Standorte im Stadtgebiet in Betracht kommen. Zum Bereich Jostensbusch schlägt er zudem die Einrichtung eines Trimm-Dich Pfades vor.

Herr Hahn gibt zu bedenken, dass dieses Anliegen zunächst nur von einer Bürgerin vorgetragen wurde; daher müsse man den Bedarf grundsätzlich hinterfragen. Insofern begrüße er den Vorschlag der Abstimmung mit dem Memory-Zentrum.

Frau Kilb ergänzt, dass sie an einem Nachmittag auf dem Mehrgenerationen-Spielplatz am Hubertusweg gewesen sei. Leider habe sie dort keine/n Senior/in gesehen, der/die diese Spielgeräte genutzt hätte. Sie habe auch die Nachbarn befragt; auch diese würden keine Senioren/innen auf dem Spielplatz sehen.

Anträge

TOP 7 Antrag der Fraktionen CDU-Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 16.02.2016 betr.: Rahmenverträge mit den sozialen Trägern in der Stadt Neuss
RAT 30-2016

Beschluss

Da Beratungsbedarf besteht wird die nachfolgende Beschlussfassung in die nächste Sitzung des Sozialausschusses vertagt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, soweit bislang noch nicht umgesetzt, vierjährige Rahmenverträge mit den sozialen Trägern in der Stadt Neuss für die Haushaltsjahre 2017 bis 2020 zu schließen, in denen die jeweiligen Kernaufgaben der Träger und deren Finanzierung durch die Stadt mit Produkt- und Leistungsbeschreibungen geregelt werden.

2. Dazu wird die Verwaltung beauftragt, einen exemplarischen Vertrag zu entwickeln und im Hauptausschuss 28.04.2016 vorzustellen.

Abstimmungsergebnis
vertagt

Anmerkung zur Beschlussfassung
Die Vertagung erfolgt auf Antrag von Herrn Kaumanns.

Diskussion
Herr Hahn informiert, dass die Verwaltung eine Übersicht über alle Zuwendungen des Sozial- und Jugendbereichs erstellt habe. Diese werde er den Fraktionen zu kommen lassen.

TOP 8 Rahmenverträge mit den sozialen Trägern in der Stadt Neuss
SOZ 14-2016

Beschluss
Die Mitteilung lag den Mitgliedern vor.

Diskussion
siehe TOP 7

Mitteilungen der Verwaltung

TOP 9 Bericht über den aktuellen Stand der Unterbringung von Flüchtlingen in Neuss
SOZ 5-2016

Beschluss
Die Mitteilung lag den Mitgliedern des Sozialausschusses vor.

Diskussion
Herr Hahn ergänzt die Vorlage und erklärt, dass die geplante zweite Traglufthalle am Standort Hammer Landstraße nicht errichtet werde. Die Stadt Neuss habe derzeit ein Plus bei der Aufnahme von Flüchtlingen in Höhe von 283 Personen. Diese Entwicklung sei einerseits auf die Schließung von Notunterkünften des Landes zurückzuführen, die zu einer höheren Aufnahmeverpflichtung der jeweils betroffenen Kommune geführt habe; zudem gebe es positive Effekte im Rahmen der obligatorischen Bestandsmeldung aller Städte und Gemeinden zum 01.04.2016. Die Stadt Neuss sei für die nächsten Monate gut aufgestellt; die weitere Entwicklung bleibe aber abzuwarten.

Herr H. Thiel fragt, ob an den 27 dezentralen Unterbringungsstandorten festgehalten werde?

Herr Hahn bestätigt das Grundkonzept der dezentralen Standorte. Derzeit würden zwar keine weiteren Aufträge zur Errichtung zusätzlicher Unterkünfte erteilt; um handlungsfähig zu bleiben, würden allerdings die Planungen zur Standortentwicklung grundsätzlich weitergehen.

Frau Beyen erkundigt sich, wie viele Flüchtlinge in den letzten 5 Jahren nach Neuss gekommen seien und wie der Sachstand zum Umzug der Ausländerbehörde sei?

Herr Hahn antwortet, man werde die Zahl der Niederschrift beifügen.

(Anmerkung: Seit 2010 wurden der Stadt Neuss 1.090 Asylbewerber und ausländische Flüchtlinge durch die Bezirksregierung zugewiesen.)

Zum Umzug der Ausländerbehörde in die neuen Räumlichkeiten führt Herr Hahn aus, dass eine verbesserte Atmosphäre geschaffen werden solle. In den nächsten Monaten könnte über Erfahrungswerte berichtet werden

Frau Beyen spricht sich für eine verstärkte Förderung der Flüchtlingskinder aus. Herr Hahn ergänzt, dass es sich bei der Integration der Flüchtlinge um ein sehr komplexes Thema handle. Dies sei eine besondere Herausforderung.

Frau Kriete fragt, welche Konsequenzen die Schließung der ZUE im Alexiuskrankenhaus für die Stadt Neuss hätte?

Herr Hahn antwortet, die bestehende ZUE im Alexianer Krankenhaus habe 2000 Plätze; am neuen Standort an der Stresemannallee seien dagegen lediglich 1000 Plätze vorgesehen. Eine Schließung der ZUE „Alexius“ hätte insofern größere Auswirkungen auf die Bestandszahlen der Stadt Neuss. Im Vorfeld solle diese Problematik daher mit der Bezirksregierung erörtert und ein gangbarer Weg gefunden werden.

Frau Föhr betont die besondere Situation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Es sei daher sinnvoll, diese Kinder auch über das 18. Lebensjahr hinaus vom Jugendamt betreuen zu lassen.

TOP 10 Kosten der Unterkunft
hier: Härtefallregelung
SOZ 9-2016

Beschluss

1) Die Vertreter/innen der Stadt Neuss in der Trägerversammlung des Jobcenters werden aufgefordert darauf hinzuwirken, dass mehr Personal eingestellt wird, damit ausreichend Zeit für die Beratung der Betroffenen zur Verfügung steht und das Jobcenter seiner Beratungspflicht nach § 14 SGB I nachkommen kann.

2) Von Seiten der Stadt Neuss soll eine Arbeitsgemeinschaft mit Vertretern der Träger der freien Wohlfahrtspflege, des Jobcenters und der Stadt Neuss gebildet werden. Diese soll notwendige zeitnahe Problemlösungen erarbeiten. Den Betroffenen soll ein direkter Zugang zum Jobcenter ermöglicht werden. Die bereits bestehenden Arbeitskreise sollen in diese Arbeitsgemeinschaft eingebunden werden.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Anmerkung zur Beschlussfassung

Die Beschlussfassung erfolgt auf Antrag von Frau Benary-Höck. Über die Punkte 1 und 2 wird getrennt abgestimmt; beiden Punkten wird einstimmig zugestimmt.

Diskussion

Herr Hahn erläutert, dass in der Vorlage alle rechtlichen Regelungen dargestellt seien. Demnach dürfte es theoretisch keine Härtefälle geben. Bekanntlich sehe dies in der Praxis anders aus. Ein der Realität angepasster Mietspiegel werde die Situation sicherlich verbessern.

Frau Beyen hält es für notwendig, eine Regelung für Härtefälle allgemein zu finden und nicht nur auf die Kosten der Unterkunft bezogen. Es seien vor allem Berufstätige betroffen, die ihre Einkünfte durch Leistungen des Jobcenters aufstocken müssten. Die Betroffenen seien auf eine gute Beratung angewiesen.

Frau Benary-Höck erklärt, dass das Jobcenter mehr Personal einstellen müsse, damit die Fälle schneller und besser bearbeitet werden könnten und das Jobcenter seiner Beratungspflicht nachkommen könne. Derzeit dauere eine Bewilligung von Leistungen nach ihren Erfahrungen manchmal bis zu einem halben Jahr. Es sei die Zusammenarbeit aller betroffenen Stellen erforderlich, um den Menschen schnell zu helfen.

Frau Holt sieht dringenden Handlungsbedarf bei diesem wichtigen Thema. Es könne nicht sein, dass über Fälle erst nach 6-8 Monaten entschieden würde. Die Personalausstattung und die Kommunikationsstrukturen müssten verbessert werden.

Frau Holt, Herr H. Thiel und Herr Cziesla sehen dringenden Handlungsbedarf auf Kreisebene. Die Kreistagsabgeordneten sollten entsprechend informiert und sensibilisiert werden.

Herr C. Thiel merkt an, dass kein Kunde beim Jobcenter einen festen Ansprechpartner habe. Wenn man dies ändern würde, ließen sich auch viele Probleme lösen. Die erforderlichen Maßnahmen könnten auch zur Erhöhung der Kreisumlage führen, dies dürfe nicht vergessen werden.

TOP 11 Übernachtungsstelle für alleinstehende wohnungslose Männer am Derendorfweg ("Hin- und Herberge"
SOZ 11-2016

Beschluss
Die Mitteilung lag den Mitgliedern des Sozialausschusses vor.

Diskussion
Herr Vanderfuhr stellt die regelmäßige Inanspruchnahme dieser Einrichtung fest. Er fragt, was die Stadt unternehme, damit die Obdachlosen nicht immer wieder in der „Hin- und Herberge“ übernachteten, sondern in normalem Wohnraum untergebracht würden?

Herr Hahn erläutert das Konzept der „Hin- und Herberge“. Die Obdachlosen würden, wenn sie es wünschten, beraten. Als Schritt zurück in das „normale Leben“ stünde das „Haus Lebensbrücke“ zur Verfügung. Natürlich sei es Ziel, die Obdachlosen auf Dauer wieder in Wohnungen unterzubringen; aber nicht alle Obdachlosen würden dies wollen.

Herr Goertz ergänzt, dass gefragt werden müsse, warum jemand seine Wohnung verliere. Oftmals hätten die Betroffenen Probleme einen eigenen Haushalt zu führen und sich um die eigenen Belange zu kümmern. Die aufsuchende Sozialarbeit würde versuchen, Kontakt zu den Personen zu finden und Wege aufzuzeigen.
Es gebe Personen, die regelmäßig in der Hin- und Herberge übernachteten und bereits Probleme hätten, sich an die Regeln dieser Einrichtung zu halten. Eine Anmietung einer Wohnung für diese Personen wäre hier fast unmöglich.

Herr Vanderfuhr hält die Einrichtung von Wohngruppen mit Betreuung für eine gute Möglichkeit, die Personen wieder an den normalen Alltag zu gewöhnen. Sicherlich könne man niemandem etwas aufzwingen.

Nach Ausfassung von Herrn Cziesla sei die Zunahme bei den Übernachtungszahlen absehbar gewesen. Die vorgestellte Lösung sei gut. Er fragt nach der Kapazität der neuen Einrichtung?

Herr Hages antwortet, dass die neue Unterkunft 55 Plätze habe; allerdings habe man auch bisher niemanden aus Platzgründen abweisen müssen.

Frau Benary-Höck hält die Personalausstattung der neuen Einrichtung für zu gering.

Herr Hahn antwortet, dass man sehen müsse, wie sich die Situation entwickle. Mehr Personal sei auch mit Kosten verbunden. Bei Bedarf müsse über weitere Stellen in den Haushaltsberatungen entschieden werden.

Frau Weinert fragt, ob es in dieser Einrichtung häufiger meldepflichtige Infektionskrankheiten gebe?

Herr Goertz antwortet, dass es seit dem Jahr 2004 nur einen Tuberkulosefall gegeben habe. Tagsüber würden die Obdachlosen auf der Breite Straße im Café Ausblick vom Caritasverband betreut. Dort würden auch Sprechstunden eines Arztes angeboten, denn der allgemeine gesundheitliche Zustand sei bei den meisten Obdachlosen nicht gut. Es gebe aber auch Personen, die eine medizinische Versorgung ablehnen würden.

Frau Föhr fragt, ab wann die Einrichtung erweitert werde und wie Herr Goertz die Personalsituation am Wochenende einschätze?

Herr Hages antwortet, dass die Erweiterung der Unterkunft voraussichtlich Ende Mai erfolgen werde. Die zusätzliche pädagogische Fachkraft werde im August ihren Dienst aufnehmen.

Herr Goertz führt aus, dass es an den Wochenenden meist keine Probleme gebe; dies sei in der Regel nur in der Woche abends der Fall. Daher sehe er hier derzeit keinen zusätzlichen Personalbedarf.

TOP 12 Akquirierung von Fördergeldern des Landes NRW, des Bundes oder der EU zur Förderung von sozialen Strukturen in Quartieren
SOZ 8-2016

Beschluss
Die Mitteilung lag den Mitgliedern des Sozialausschusses vor.

Diskussion
Frau Holt und Frau Benary-Höck bedauern die Aufwendigkeit der Verfahren; ggf. könne bei einzelnen Projekten eine Antragstellung Sinn machen.

Herr Hahn ergänzt, dass es besser wäre, wenn das Land NRW, der Bund und auch die EU den Kommunen unkompliziert Fördergelder zur Verfügung stellen würden.

TOP 13 Einführung der Gesundheitskarte
hier: Bericht über die Erfahrungen anderer Kommunen
SOZ 10-2016

Beschluss
Die Mitteilung lag den Mitgliedern des Sozialausschusses vor.

Diskussion
Herr Cziesla schlägt vor, da es derzeit noch keine aussagekräftigen Rückmeldungen von anderen Kommunen gebe, diesen Punkt in einem halben Jahr erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

TOP 14 Vorstellung der zentralen Unterbringungseinrichtung für Flüchtlinge des Landes NRW durch die Neusser Bauverein AG
SOZ 13-2016

Beschluss
Die Mitteilung lag den Mitgliedern des Sozialausschusses vor.
Der Termin hat sich geändert. Die Rundfahrt findet am 04.07.2016, um 17.00 Uhr statt.

Verabschiedung von Herrn Hahn
Zum Ende der öffentlichen Sitzung wird Herr Hahn von den Mitgliedern des Sozialausschusses verabschiedet. Sie sprechen Herrn Hahn den Dank für dessen gute und kooperative Zusammenarbeit aus und wünschen ihm sowohl beruflich als auch privat alles Gute für die Zukunft.

Ausschussvorsitzender	**Ausschussmitglied**	**Schriftführerin**
Karlheinz Kullick	Anna Maria Holt	Imke Kronhof